

# Neue Administration : die aktuelle US-Sicherheits- und Militärpolitik

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **187 (2021)**

Heft 7

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-976235>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Neue Administration – Die aktuelle US-Sicherheits- und Militärpolitik

**Dieser Beitrag untersucht die US-Sicherheits- und Militärpolitik der neuen US-Administration von US-Präsident Joe Biden. Einführend in Bezug auf die aktuelle Leitlinie des Weissen Hauses für die Nationale Sicherheit, danach den begonnenen Abzug der US-Truppen aus Afghanistan. Die aktuelle US-China-Politik sowie der aktuelle Israel-Gaza-Konflikt und die Rolle der USA stellen wichtige Felder der US-Sicherheits- und Militärpolitik dar.**

Stefan Goertz

In der offiziellen Leitlinie aus dem März 2021 (Interim National Security Strategic Guidance) führt US-Präsident Joe Biden aus: «Dieser Moment ist ein Wendepunkt. Wir befinden uns mitten in einer grundlegenden Debatte über die zukünftige Ausrichtung unserer Welt. Wir werden mit unseren Verbündeten und Partnern zusammenstehen, um neue Bedrohungen zu bekämpfen, die auf unsere Demokratien abzielen.» Weiter wird dort betont, dass «die USA nie davor zurückschrecken würden, militärische Gewalt einzusetzen, wenn es zur Verteidigung lebenswichtiger nationaler Interessen notwendig sei». Wichtigstes Instrument der US-Aussenpolitik sei aber «nicht das Militär, sondern die Diplomatie». Sollte ein militärischer Einsatz notwendig sein, solle dieser wo immer möglich gemeinsam mit internationalen und lokalen Partnern geschehen. Die USA bekennt sich zur Zusammenarbeit mit der NATO und mit an-

deren Verbündeten. In Bezug auf die US-China-Politik wird dort ausgeführt: «China ist der einzige Konkurrent, der potenziell in der Lage ist, seine wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht zu kombinieren, um eine nachhaltige Herausforderung für ein stabiles und offenes internationales System darzustellen.» Der US-Präsident verknüpft mit seiner Leitlinie das erklärte Ziel, China in seiner Macht zurückzudrängen: Indem die USA «ihre Glaubwürdigkeit wiederherstellen und eine vorausschauende globale Führungsrolle übernehmen», werde die US-Regierung dafür sorgen, «dass die USA und nicht China die internationale Agenda bestimmen».<sup>1</sup> Harry Broadman, Managing Director der Berkeley Research Group, analysiert Bidens Strategie so: «Trump ist immer ein Unternehmer geblieben, der alles bilateral klären wollte. Das ist einfach nicht in Bidens

DNA. Biden denkt multilateral wie kaum ein anderer US-Präsident.»<sup>2</sup>

## Abzug der US-Truppen aus Afghanistan

Der US-Präsident verkündete Mitte April 2021 den Abzug der US-Truppen aus Afghanistan bis zum 11. September 2021. «Es ist Zeit, Amerikas längsten Krieg zu beenden», sagte Biden in einer Rede im Weissen Haus. «Es ist Zeit, dass die amerikanischen Soldaten nach Hause zurückkehren.» Die USA könnten nicht ständig ihre Truppenpräsenz in Afghanistan in der Hoffnung aufstocken, die «idealen Voraussetzungen für unseren Abzug zu schaffen», so Biden. Er sei bereits der vierte US-Präsident, unter dem nach 9/11 US-Soldaten in Afghanistan stationiert seien. «Ich werde diese Verantwortung (eines Abzugs) nicht auf einen Fünften schieben.»<sup>3</sup> Wir sind wegen eines entsetzlichen Angriffs vor 20 Jahren in Afghanistan einmarschiert», betonte Präsident Biden. «Das kann nicht erklären, warum wir im Jahr 2021 dort bleiben sollten.» Im April befanden sich nach offiziellen Angaben noch 2500 US-Soldaten in Afghanistan. 2011 waren es unter US-Präsident Barack Obama etwa 100 000 US-Truppen. US-Aussenminister Antony Blinken informierte die NATO-Partner über die Pläne des Abzuges bis September 2021.

Grosse Teile der afghanischen politischen Elite erklärten, sie hätten sich einen «verantwortungsvollen» Abzug der US-Truppen und NATO-Truppen gewünscht. Damit meinen sie, dass die USA – die durch ihren Entschluss, die eigenen Truppen abzuziehen, auch den Abzug der anderen NATO-Länder ausgelöst hatten – auf weitere Fortschritte in den Friedensverhandlungen mit den Taliban hätten

US-Soldaten in der Helmand Provinz

(Afghanistan).

Bild: Wikimedia Commons





warten sollen.<sup>4</sup> Der vollständige Abzug der US-Truppen und NATO-Truppen wird zeigen, ob die afghanischen Sicherheitskräfte, die Afghan National Army und die Afghan National Police, ohne internationale militärische Unterstützung die afghanische Regierung verteidigen und das Land kontrollieren können. Die Taliban greifen aktuell täglich Einrichtungen der Sicherheitskräfte im ganzen Land an. US-Generäle hatten in den vergangenen Wochen ihre Sorge ausgedrückt, die afghanische Regierung könne nach dem Abzug der US- und NATO-Truppen kollabieren und ein offener Bürgerkrieg ausbrechen.<sup>5</sup> In den ersten drei Monaten des Jahres 2021 wurden nach Zählung des UN-Hilfseinsatzes UNAMA in Afghanistan mehr als 570 Zivilisten getötet und 1210 verwundet. Das sind ca. 30 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Dabei stiegen vor allem die Zahl der verletzten oder getöteten Frauen und Kinder.<sup>6</sup>

Der Einsatz von US-Truppen in Afghanistan dauerte länger als der Vietnamkrieg. Was 2001 nach einem schnellen militärischen Sieg aussah, wurde zum längsten militärischen Auslandseinsatz in der Geschichte der USA und der NATO. Angaben über genaue Zahlen getöteter US-Soldaten und Soldaten der NATO sind schwer zu recherchieren, aber eine Auswertung verschiedener Quellen kommt zu einer Zahl von über 3750 getöteten westlichen Koalitionssoldaten.<sup>7</sup> Trotz enormer militärischer, technischer und finanzieller Überlegenheit und totaler Lufthoheit konnten die US-Truppen und die NATO die Taliban nie entscheidend besiegen.

In Bezug auf den aktuellen Einfluss der Taliban, trotz der Präsenz von US-Truppen und NATO-Truppen in Afghanistan seit 2001, ist festzustellen, dass die Taliban seit einiger Zeit vor allem in den Provinzen, im paschtunischen Süden und im Osten Afghanistans, präsent sind. Dabei sind die Übergänge zwischen Taliban- und Regierungsgebieten oftmals fließend, sogar in der Hauptstadt Kabul sind in einigen Vierteln Taliban präsent und treiben Steuern ein. Nach Angaben von Thomas Ruttig vom Think-Tank Afghanistan Analysts Network kontrollieren die Taliban aktuell zwischen 50 und 70 Prozent des Territoriums.<sup>8</sup>

### Die US-China-Politik

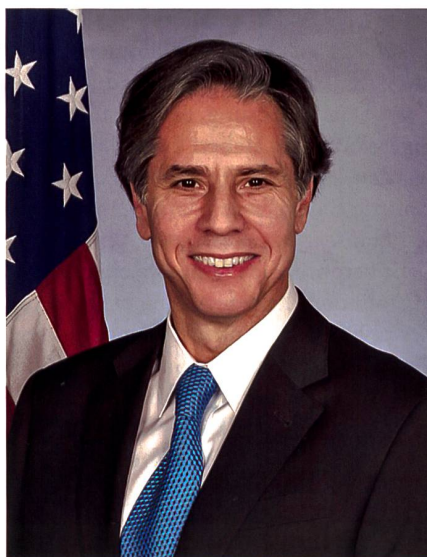
Die Corona-Pandemie hat die bestehenden geökonomischen Konflikte zwischen den USA und China nochmals ver-



US-Präsident Joe Biden.



US-Verteidigungsminister Gen aD Lloyd Austin.



US-Aussenminister Antony Blinken.

Bilder: Wikimedia Commons

stärkt. Der Vorgänger von Präsident Biden, Donald Trump, machte mit scharfer Rhetorik China für die Ausbreitung des Coronavirus verantwortlich und sprach vom «China-Virus» und von einem «Angriff», der schlimmer als Japans Überfall auf Pearl Harbor im Zweiten Weltkrieg oder die Terroranschläge vom 11. September 2001 sei.<sup>9</sup> Eine kritische Haltung gegenüber China nahm im US-Wahlkampf um die Präsidentschaft auch sein Herausforderer Joe Biden ein: Wie Trump machte er China zu einem zentralen Wahlkampfthema, und beide Kandidaten versuchten, sich mit ihrer China-Kritik gegenseitig zu überbieten.<sup>10</sup> Aktuell artikulieren die politischen Verantwortlichen beider Parteien in den USA mit immer schärferen Worten die merklich negativer gewordenen Haltungen ihrer Wählerinnen und Wähler gegenüber China.

Die USA und China befinden sich augenblicklich auf dem Weg in ein Sicherheitsdilemma: Das individuelle Streben der beiden «global player» nach mehr Sicherheit erzeugt am Ende mehr Unsicherheit auf beiden Seiten. Ein Aspekt hierbei ist Chinas aggressiver Expansionsdrang in Ostasien. Um die für chinesische Wirtschaft – und seine politische Stabilität – überlebenswichtigen indopazifischen Seewege abzusichern, baut Peking seine sogenannte Blue-Water-Navy auf. Das sind hochseetaugliche Marine-Einheiten, die über die Küstenverteidigung hinaus auch eine globale Machtentfaltung zur See ermöglichen sollen.<sup>11</sup>

Diese geökonomischen und geopolitischen Aktivitäten chinesischer Politik drängt seine Nachbarn zur Zusammenarbeit in der indopazifischen Region und zur Einbeziehung der USA als Schutzmacht. Dieser Expansionsdrang Chinas führte dazu, dass die quadrilaterale Allianz (QUAD) zwischen Australien, Indien, Japan und den USA reaktiviert wurde. Ein bisher informeller Sicherheitsdialog, um dem wachsenden chinesischen Einfluss im Indischen und Pazifischen Ozean entgegenzuwirken.

Anfang März verschärfte der chinesische Aussenminister den diplomatischen Ton in Bezug auf die USA erheblich. Die USA sollten sich aus den «internen Angelegenheiten der Volksrepublik» raushalten, mahnte der chinesische Aussenminister. Es sei wichtig, dass Washington so schnell wie möglich anerkenne, dass die «Einmischung» in anderen Ländern im Namen von Demokratie und Menschenrechten viel Ärger ausgelöst hätte. «An-



sonsten wird die Welt alles andere als ruhig bleiben», drohte er.<sup>12</sup> US-Aussenminister Antony Blinken sprach in Bezug auf die chinesische Politik gegenüber der muslimischen Minderheit Uiguren: «Wir sehen es an dem Völkermord, der an den überwiegend muslimischen Uiguren und anderen ethnischen und religiösen Minderheiten in Xinjiang begangen wird».<sup>13</sup>



Israelische Raketenabwehr Iron Dome.

Bild: Israel Defense Forces

Der chinesische Aussenminister Wang forderte die US-Regierung zudem auf, die Kontakte zu Taiwan einzustellen, und warf der US-Regierung indirekt vor, Schuld an den zunehmenden Spannungen im Südchinesischen Meer zu haben. Die US-Regierung bekräftigte, der Wettbewerb um Technologie werde «das 21. Jahrhundert bestimmen». Die Strafzölle gegen China bleiben in Kraft, eine Fortsetzung der Handelsgespräche zwischen den USA und China ist aktuell nicht in Sicht.<sup>14</sup>

Biden verschärft das Vorgehen gegen chinesische Firmen mit Verbindungen zur chinesischen Regierung, ihrem Militär und ihren Sicherheitsbehörden. Biden unterzeichnete Anfang Juni eine Verfügung, wonach Amerikanern der Handel mit Wertpapieren von zunächst 59 chinesischen Firmen ab dem 2. August 2021 verboten wird. Diese Massnahme baut auf einer Verfügung von Biden-Vorgänger Trump vom November 2020 auf, in deren Folge mehr als 40 Firmen mit angeblichen Militär-Verbindungen auf die Schwarze Liste gesetzt wurden. Bidens Verfügung betrifft nun auch Firmen, denen die USA vorwerfen, mit Überwachungstechnologie zu Menschenrechtsverletzungen beizutragen. Die chinesische Regierung protestierte bereits vor der Verkündung gegen die Pläne. Das Weisse Haus

teilte mit, die Verfügung «erlaubt es den Vereinigten Staaten, gezielt und in einem bestimmten Umfang US-Investitionen in chinesische Unternehmen zu verbieten, die die Sicherheit oder die demokratischen Werte der Vereinigten Staaten und unserer Verbündeten untergraben».<sup>15</sup> Diese Massnahme stehe «im Einklang mit der Verpflichtung der Biden-Regierung, die zentralen nationalen Sicherheitsinteressen der USA und die demokratischen Werte zu schützen». Die Liste werde bei Bedarf aktualisiert.<sup>16</sup>

### Der Israel-Gaza-Konflikt und die USA

Der US-Aussenminister bekräftigte Mitte Mai Israels Recht auf Selbstverteidigung gegen willkürliche Raketenangriffe militanter Palästinenser auf seine Zivilbevölkerung. Er kündigte weitere US-Unterstützung für Israels Raketenabwehr «Iron Dome» an. Blinken betonte, auch die Spannungen im Westjordanland und Ost-Jerusalem müssten reduziert werden. Israelis und Palästinenser hätten gleichermaßen das Recht auf ein Leben in Sicherheit. Er sprach sich für eine Erneuerung der Beziehungen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah aus. «Wir müssen die Gelegenheiten für Palästinenser in Gaza und im Westjordanland ausweiten», sagte Blinken. «Solche Investitionen werden bei der Schaffung einer stabileren Umgebung für Palästinenser und Israelis helfen.» Ebenso betonte er, es müsse neben der Verbesserung der humanitären Lage sichergestellt werden, dass die dort herrschende Hamas nicht von der Wiederaufbauhilfe profitiere.<sup>17</sup>

Nach Ansicht von US-Präsident Biden kann der Nahostkonflikt nur durch eine Zwei-Staaten-Lösung, also ein unabhängiges Palästina neben Israel, befriedet werden. «Das ist die einzige Antwort», betonte Biden Ende Mai 2021 im Weissen Haus.

Er betonte, die Hamas sei eine Terrororganisation. Trotzdem seien die USA um der Zivilbevölkerung willen entschlossen, den Wiederaufbau im Gazastreifen über die Palästinensische Autonomiebehörde mit einem «grossen Hilfspaket» zu unterstützen. Gleichzeitig betonte er, dass ein nachhaltiger Frieden erst möglich sei, sobald alle Akteure in der Region zweifelsfrei «das Recht Israels anerkennen, als unabhängiger jüdischer Staat zu existieren».<sup>18</sup>

### Fazit

Der US-Präsident will sicherheits- und verteidigungspolitisch wieder enger mit internationalen Partnern wie der NATO zusammenarbeiten und hat im Nahostkonflikt klar Position für eine Zwei-Staaten-Lösung Israel und Palästina bezogen. Der Konflikt mit China könnte die nächsten Jahre wirtschafts- und sicherheitspolitisch prägen. ■

- 1 Vgl. <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2021/03/NSC-1v2.pdf> (31.5.2021).
- 2 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/konflikt-der-weltmaechte-china-gegen-die-usa-alle-zeichen-stehen-auf-konfrontation/26980832.html?ticket=ST-10057304-foxd1XBEOjBBFvk7Fb0wl-ap2> (31.5.2021).
- 3 Vgl. <https://www.dw.com/de/biden-l%C3%A4utet-ende-des-afghanistan-einsatzes-ein/a-57206040> (1.6.2021).
- 4 Vgl. <https://www.dw.com/de/nato-startet-mit-dem-abzug-aus-afghanistan/a-57395501> (1.6.2021).
- 5 Vgl. ebd.
- 6 Vgl. <https://www.dw.com/de/usa-und-nato-starten-truppenabzug-aus-afghanistan/a-57330246> (1.6.2021).
- 7 Vgl. Goertz, S. (2021): Die NATO – Aktuelle Themen. In: ASMZ 5/2021, S. 12.
- 8 <https://www.nzz.ch/international/afghanistan-die-taliban-kontrollieren-ueber-50-prozent-des-landes-ld.1604957> (2.6.2021).
- 9 Vgl. <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-52568405> (3.6.2021).
- 10 Vgl. <https://www.bpb.de/apuz/USA-2021/331742/was-bedeutet-bidens-chinapolitik-fuer-europa#footnode4-4> (3.6.2021).
- 11 Vgl. ebd.
- 12 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/konflikt-der-weltmaechte-china-gegen-die-usa-alle-zeichen-stehen-auf-konfrontation/26980832.html?ticket=ST-10057304-foxd1XBEOjBBFvk7Fb0wl-ap2> (4.6.2021).
- 13 <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/blinken-menschenrechte-101.html> (4.6.2021).
- 14 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/konflikt-der-weltmaechte-china-gegen-die-usa-alle-zeichen-stehen-auf-konfrontation/26980832.html?ticket=ST-10057304-foxd1XBEOjBBFvk7Fb0wl-ap2> (4.6.2021).
- 15 Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/usa-biden-sanktionen-china-firmen-101.html> (4.6.2021).
- 16 Vgl. ebd.
- 17 Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/nahostkonflikt-usa-gaza-hamas-1.5303132> (5.6.2021).
- 18 Vgl. ebd.



Oberstleutnant d.R.  
Prof. Dr. Stefan Goertz  
Prof. für Sicherheitspolitik  
Bundespolizei  
Hochschule des Bundes  
D-23562 Lübeck



## KATANA – AUF DEM WEG ZUR HOCHPRÄZISION FÜR DIE 155MM ARTILLERIE DER ZUKUNFT

Die Flugsteuerungsfähigkeit der Artilleriemunition KATANA wurde, im Rahmen einer Testkampagne Ende 2020 erfolgreich bewiesen. Dabei setzte die französische Firma Nexter einen wichtigen Meilenstein in der Entwicklung von 155mm Präzisionsmunitionen.

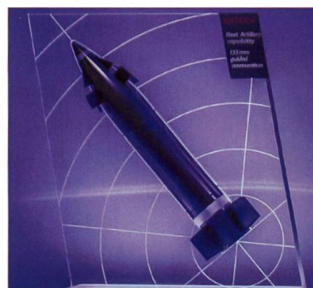
Das Projektil wurde von einer 155mm CAESAR-Waffenanlage gefeuert und seine Lenkungs-fähigkeit wurde live demonstriert. Das Gleitflügelssystem (Canard Actuation System) hat sich Simulationenentsprechend entfalten. So konnte das Geschoss nach einer Flugbahn abgefeuert werden, die es erlaubt, die Reichweite im Vergleich zu einer rein ballistischen Flugbahn zu erhöhen. Nexter Munitions hat damit seine Beherrschung der Steuerungstechnologie eines Geschosses, in den Extrembedingungen eines 155mm Artillerieschusses, unter Beweis gestellt.

Die nächste Testkampagne, die für 2021 geplant ist, wird zu den ersten gelenkten Schüssen auf Koordinaten führen.

Dominique Guillet, Leiter der Munitionsabteilung der Nexter-Gruppe betonte: "Wir sind sehr stolz darauf, dass wir unseren ehrgeizigen Zeitplan und unsere finanziellen Ziele für die Entwicklung von KATANA erreicht haben. Wir blicken mit Zuversicht in die Zukunft und werden uns weiter bemühen, diese 155-mm-Munition – die souverän, intelligent und hochpräzise sein wird – bis 2023 auf den Markt zu bringen".

### ÜBER DIE KATANA MUNITION

Die KATANA-Munition ist eine 155-mm-Präzisionslenkmunition, die von allen 52-Kaliber-Artilleriesystemen abgefeuert werden kann und dabei die traditionellen Eigenschaften der Artillerie beibehält: Dauerunterstützung, Allwetterfähigkeit und Kosteneffizienz.



Dank der Kombination von langer Reichweite, dekametrischer Präzision basierend auf einer hybriden GNSS /Inertialnavigation Lenkungstechnologie und hoher Terminaleffizienz dank eines spezifischen Sprengkopfes, ermöglicht KATANA in komplexen Umfeldern vorrangige Ziele zu bekämpfen. KATANA ist die einzige Europäische voll-Kaliber 155mm Präzisionsmunition. Mit der KATANA-Munition verfügt Nexter über ein komplettes Portfolio an 155mm-Munition, die mit aktuellen und zukünftigen Artilleriesystemen kompatibel sind.